



uni-info

HERAUSGEBER: PRESSE- UND INFORMATIONSTELLE DER UNIVERSITÄT OLDENBURG, 29 OLDENBURG, POSTFACH 2503, TEL.: 51064, TELEX-NR. 25655 UNOL D. REDAKTION: GERHARD HARMS (VERANTWORTLICH), KARIN WOLFF. MIT NAMEN GEZEICHNETE ARTIKEL GEBEN DIE PERSÖNLICHE MEINUNG DES VERFASSERS WIEDER. NACHDRUCK - AUCH NUR AUSZUGSWEISE - NUR BEI QUELLENANGABE UND NACH ROCKSPRACHE MIT DER REDAKTION. (DER GRÜNDUNGSAUSSCHUSS, DAS KONZIL UND DER SENAT HABEN EINSTIMMIG BESCHLOSSEN, DASS DIE UNIVERSITÄT DEN NAMEN CARL-VON-OSSIETZKY-UNIVERSITÄT FÜHRT. DER NIEDERSÄCHSISCHE MINISTER FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST HAT SICH DER FÜHRUNG DIESER NAMENS DURCH DIE UNIVERSITÄT BISHER WIDERSETZT.)

22. Januar
2/78

Konzil stellt sich hinter Vorstand

Das Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Oldenburg gegen Konzilsmitglieder wegen Beleidigung des NHB hat im Konzil zu einer grossen Geschlossenheit geführt. Einstimmig billigte das höchste Gremium der Universität den Inhalt eines Briefes des Vorstandes an die Staatsanwaltschaft, in dem der von der Staatsanwaltschaft beanstandete Beschluß des Konzils aus dem Jahre 1975 in der Sache und in der Formulierung als richtig und politisch als notwendig bezeichnet worden war.

Gleichzeitig hatte es der Vorstand in seinem Schreiben als Skandal bezeichnet, daß die Anzeige des NHB überhaupt zu einem Ermittlungsverfahren führen konnte und nicht stattdessen die Tätigkeit nationalsozialistischer Nachfolgeorganisationen entsprechend dem Artikel 139 des Grundgesetzes unterbunden werde. Wie bereits berichtet, hatte das Konzil 1975 festgestellt, daß der NHB eine geistige Nachfolgeorganisation der Mörder Carl von Ossietzkys sei.

Gremien- und Stupawahlen

Wahlbeteiligung von größter Bedeutung

Mit Nachdruck hat der Rektor der Universität, Professor Rainer Krüger, alle Studenten aufgefordert, sich an den Wahlen zum Studentenparlament, die in dieser Woche stattfinden, und an den Wahlen zu den Gremien, die in der Zeit vom 31. Januar bis 2. Februar angesetzt sind, zu beteiligen. Dies sei, so Krüger, u. a. angesichts der Tatsache, daß Bestrebungen in Gange sein, die Rechte der Studenten durch Beschneidung der Verfaßten Studentenschaft immer mehr einzuschränken, von besonderer Wichtigkeit.

Um die Sitze im Studentenparlament bewerben sich sieben Studentengruppen mit 186 Kandidaten sowie ein Einzelkandidat des NHB. Der SHB stellt mit 67 Kandidaten die größte Liste, gefolgt vom MSB Spartakus (50), der Basisgruppe Projektinitiative (27), der Juso-HSG (14), dem LHV (11), dem RCDS (9) und der vom KSB getragenen Demokratischen Liste (7).

Das Studentenparlament wählt den Allgemeinen Studentenausschuß (ASTA), der sich in der letzten Amtsperiode aus einer Koalition von SHB, MSB Spartakus und LHV zusammensetzte. Eine solche Koalition wird es aller Voraussicht nach in diesem Jahr nicht mehr geben, da es der LHV abgelehnt hat, mit dem MSB Spartakus erneut zusammenzugehen. Juso-Hochschulgruppe und die Basisgruppe haben sowohl eine Kooperation

Fortsetzung auf Seite 3

Briefwahl

Zu den Gremienwahlen ist die Briefwahl zulässig. Die erforderlichen Unterlagen können in der Zeit vom 26. Januar bis 30. Januar (16. Uhr) bei der zuständigen Sachbearbeiterin Ilona Neuhaus (A 209) beantragt werden.

Der Wahlberechtigte muß sich dabei amtlich ausweisen. Die Stimmabgabe durch Briefwahl kann bei Abholung der Wahlunterlagen erfolgen. Bis spätestens 2. Februar müssen die Briefwähler ihre Stimme beim Wahlleiter (Raum A 209) oder im Wahllokal abgegeben werden. In diesem Zusammenhang weist der Wahlleiter noch einmal darauf hin, daß eine Stimmabgabe ohne Ausweis unter keinen Umständen möglich ist.

Gefälschtes Schreiben

Mit einer nicht gerade feinen Fälschung haben offensichtlich Studenten versucht, ihre eigenen Kommilitonen im Fach Physik weiter zu verunsichern. Sie sandten ihnen per Post mit offiziellem Briefkopf des Rektors und der Unterschrift "Wilhelm Busch" versehenes Schreiben zu, in dem mitgeteilt wird, "daß für das Sommersemester 1978 im Fach Physik keinerlei Lehrangebot mehr erfolgen wird". Diese Behauptung ist ebenso unwahr wie die weiteren Aussagen des Briefes, der in einem offiziellen Stil verfaßt ist und nicht zuletzt von einigen Studenten ernstgenommen wurde.

Psycho-soziale Beratungsstelle nimmt Arbeit auf

Die psycho-soziale Beratungsstelle an der Universität Oldenburg tritt am 24. Januar erstmals an die Öffentlichkeit. In einer Informationsveranstaltung um 20.00 Uhr (Konferenzzimmer D 104) will sie mit Interessenten folgende Schwerpunkte diskutieren:

- ◆ Was ist, wie arbeitet eine psycho-soziale Beratungsstelle?
- ◆ Welche besonderen Probleme können an der Universität zu psychischen Schwierigkeiten führen?
- ◆ Wie kann man mit der psycho-sozialen Beratungsstelle zusammenarbeiten (Selbsthilfegruppen, Kooperation mit Projekten usw.)?

FHS-Angehörige für Namensgebung

95 Hochschullehrer und Studenten der Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik Berlin, gegründet von der deutschen Jüdin Alice Salomon, haben in einem Schreiben Wissenschaftsminister Professor Eduard Pestel aufgefordert, umgehend den Entschluß der Mitglieder der Universität Oldenburg, ihrer Hochschule den Namen Carl von Ossietzkys zu geben, uneingeschränkt anzuerkennen.

Konzil fordert Einstellung von Mathematikassistenten

Protestiert hat das Konzil der Universität Oldenburg gegen die Nichteinstellung des Mathematikers Horst-Eckart Gross, der vom Fachbereich und Senat für die Besetzung einer Assistentenstelle vorgeschlagen war. Die Nichteinstellung begründete die Landesregierung mit Zweifeln an der Verfassungstreue von Gross. Dem derzeitigen wissenschaftlichen Angestellten an der Bielefelder Universität und Geschäftsführer des Projektes "Mathematik in der Industriegesellschaft" wurde in seinem Ablehnungsbescheid u. a. die Mitgliedschaft im SDS, die Mitgliedschaft in der DKP und die Mitgliedschaft in der Freundschaftsgesellschaft Bundesrepublik Deutschland-Kuba vorgeworfen. In der Stellungnahme des Konzils heißt es dazu, alle diese Mitgliedschaften und Tätigkeiten seien als aktive Wahrnehmung von Grundrechten durch das Grundgesetz ausdrücklich geschützt und dürften nicht Anlaß sein Horst-Eckart Gross in den Verdacht verfassungswidrigen Verhaltens und verfassungsfeindlicher Gesinnung zu rücken.

Wörtlich heißt es weiter: "Besonders empörend ist es, daß das aktive Eintreten für die Freundschaft mit dem kubanischen Volk als "verfassungsfeindlich" gebrandmarkt werden soll, ob-

wohl dadurch gerade die Bemühungen um internationale Zusammenarbeit, Frieden und Völkerverständigung unterstützt werden. In bisher seltener Deutlichkeit belegt das Schreiben der Anhörungskommission das Ausmaß der verfassungswidrigen Bespitzelung und Ausforschung durch den "Verfassungsschutz". Man schreckt nicht einmal davor zurück, Briefe an den Rektor der Freien Universität Berlin, den Kanzler der Universität Bielefeld und an die Redaktion einer Zeitschrift sowie interne Rundschreiben der Freundschaftsgesellschaft Bundesrepublik Deutschland-Kuba als "Beweismittel" zu verwenden.

Angeichts der Ausweitung der verfassungswidrigen Berufsverbots-Praxis und der damit verbundenen, immer weiter um sich greifenden Bespitzelung und Gesinnungsschnüffelei bekräftigt das Konzil seinen Willen zum Widerstand gegen diese Praxis und fordert alle Hochschulmitglieder auf, aktiv gegen die Berufsverbote und für die Einhaltung der Grund- und Menschenrechte einzutreten und wendet sich mit der Forderung an die Landesregierung, die verfassungswidrige Berufsverbotspraxis und Gesinnungsschnüffelei unmittelbar zu beenden und alle vom Berufsverbot Betroffenen zu rehabilitieren."

Betrügerischer Brief sollte Z-Prüflinge und Uni diffamieren

Wieder einmal ist die Universität einer Kampagne des Philologenverbandes und Vertretern der örtlichen CDU - einschließlich des Bundestagsabgeordneten Werner Broll - ausgesetzt. Daß die Herren in ihren Formulierungen nicht zimperlich sind, vor Unterstellungen und persönlichen Beleidigungen nicht zurückschrecken, ist nicht neu, aber die Folgen sind doch erschreckend. Denn es - ermutigt durch die zum Teil in Oldenburg prominenten Universitätsgegner vom rechten Flügel - gehen jetzt offensichtlich Personen dazu über, unter Angabe von falschem Namen und Adresse durch frei erfundene "Erlebnisberichte" die Hochschule zu diffamieren - eine besonders infame Art, die ihre Wirkung aber nicht verfehlen dürfte.

Am 27. Dezember 1977 veröffentlichte die Nordwest-Zeitung einen Leserbrief eines gewissen Dieter Meineckes, der die Zulassungsprüfung für Nichtabiturienten als einen "Witz" bezeichnete. Er selbst gab an, diese Prüfung an der Universität Oldenburg bestanden zu haben, obwohl er kurz zuvor beim Versuch, den Realschulabschluß zu erreichen, gescheitert sei. Er führte sein

erfolgreiches Bestehen der Z-Prüfung darauf zurück, daß er sich als unterprivilegiertes Arbeiterkind ausgegeben und entsprechendes "vom Leder" gezogen habe. Doch dieser Herr Meinecke existiert überhaupt nicht. Er hat weder eine Z-Prüfung abgelegt, noch ist er an der Universität Bremen immatrikuliert, wie er angibt, noch ist er unter jener Adresse registriert, die er in der NWZ veröffentlichen ließ.

Natürlich war es der CDU-Abgeordnete Werner Broll, der sich genüsslich auf diesen zynischen wie betrügerischen Brief bezog und das ausdrückte, was jener Briefeschreiber offensichtlich gerne suggeriert hätte: fachliche Inkompetenz, Bestrebungen, die freiheitlich-rechtsstaatliche (Broll schreibt nicht: freiheitlich-demokratische) Ordnung abzuschaffen und so weiter und so fort.

Broll schrieb dies im Zusammenhang mit der Z-Prüfung, obwohl er wußte, daß die Universität dafür gar nicht zuständig ist, sondern der Kultusminister. Sie stellt lediglich einen von drei gleichberechtigten Prü-

Sternfahrt nach Hannover

Zur Teilnahme an der Sternfahrt nach Hannover am 27. Januar 1978 gegen die zunehmende Einschränkung der Wissenschaftsfreiheit und aus Solidarität mit dem vorläufig vom Dienst suspendierten Psychologieprofessor Peter Brückner haben die Linke Liste und der Hochschulpolitische Arbeitskreis Oldenburg (HAKO) alle Lehrenden der Universität Oldenburg aufgefordert. Dem Aufruf hat sich die Konferenz Wissenschaftlicher Mitarbeiter (KWM) angeschlossen. Auf der Veranstaltung in der niedersächsischen Landeshauptstadt werden neben dem Landesvorsitzenden der GEW, Dr. Dieter Galas, und dem Rektor der TU Hannover, Professor Otwin Massing, der Landesvorsitzende der SPD, Professor Peter von Oertzen, sprechen. Die Linke Liste beabsichtigt, für die Teilnehmer der Sternfahrt, zu der Hochschullehrer aus dem ganzen Bundesgebiet erwartet werden, einen Bus zu mieten. Interessenten melden sich bei Professor Hans Kaiser (Fachbereich III).

Fahrraddemo-Film

Am Donnerstag, 26. Januar, 20.00 Uhr, wird in der Aula ein zweistündiger Film über die Fahrraddemonstration im Jahre 1975 gezeigt.

fern. Die anderen kommen von Gymnasien oder einer Erwachsenenbildungseinrichtung. D.h. also nichts anderes, Broll "und nicht nur ihn" geht es nicht etwa um eine Form legitimer Kritik, sondern allein darum, die Universität in ihrem offenen Eintreten gegen die restaurativen Tendenzen in der Bundesrepublik und für den Erhalt einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaftsordnung in der Öffentlichkeit zu diskreditieren und mundtot zu machen. Dies aber dürfte ihm kaum gelingen, auch wenn die Universität nicht jede Meinungsmanipulation wird aufdecken können.

Immerhin konnte die Pressestelle eine zweite Sache im Zusammenhang mit den Leserbriefen aufklären: Von den 31 im vergangenen Jahr unmittelbar gegen die Universität gerichteten Briefen in der NWZ stammten allein 17 aus den Federn der Herren Barelmann, Broll, Kunst, Solling und Tiarks - sämtlich Mitglieder der CDU bzw. des Philologenverbandes; 5 weitere wurden von Funktionären des RCDS und der Jungen Union verfaßt. Kurzum: über 70 Prozent aller "kritischen" Stimmen kommen aus der gleichen Ecke. gh

Projektstudium Praktikerstellen für Erkundungen

Mit dem nunmehr vom Niedersächsischen Kultusminister ausgefertigten Erlaß über die "Entschädigung für die bei außerschulischen Erkundungsvorhaben mitwirkenden Praktiker" ist endlich eine Möglichkeit geschaffen worden, die für Lehramtsstudenten im 1. Studienabschnitt vorgesehenen außerschulischen Erkundungsvorhaben besser als bisher abzusichern. Da aufgrund des Erlasses jetzt die Möglichkeit besteht, den sich für die Vorbereitung und Durchführung von außerschulischen Erkundungen zur Verfügung stellenden Praktikern eine finanzielle Entschädigung zu gewähren, dürfte sich auf die Anwerbung weiterer Berufspraktiker und auf die Eröffnung neuer Praxisfelder für außerschulische Erkundungen positiv auswirken.

Der Erlaß sieht die Mitwirkung von Praktikern nach zwei Modellen vor.

Modell I:

- a) Erkundungsvorbereitung im Umfang von drei Semesterwochenstunden,
- b) Erkundungsdurchführung und -auswertung im Umfang von drei Stunden wöchentlich während der vierwöchigen Erkundung.

Die Erkundungsvorbereitung sowie die Erkundungsdurchführung und -auswertung werden entweder insgesamt von einem Praktiker durchgeführt, wenn das Erkundungsvorhaben sich z. B. nur auf ein Praxisfeld richtet, oder von mehreren Praktikern, wenn sich das Erkundungsvorhaben auf mehrere kleinere Praxisfelder richtet.

Modell II:

- a) Erkundungsvorbereitung im Umfang von insgesamt 10 Stunden während des Semesters,
- b) Erkundungsdurchführung und -auswertung im Umfang von drei Stunden wöchentlich während der vierwöchigen Erkundung.

Die Erkundungsvorbereitung kann auch in Zeitblöcken, z.B. auf Wochenendtagen durchgeführt werden. Die Tätigkeit als mitwirkender Praktiker soll mindestens ein halbes Jahr, in der Regel etwa ein Jahr dauern. Eine Verlängerung ist möglich.

Im Rahmen eines außerschulischen Erkundungsvorhabens wird laut Erlaß eine volle Praktikertätigkeit nach Modell I eine Entschädigung von 500,- Mark, für die volle Praktikertätigkeit nach Modell II eine Entschädigung von 220,- Mark gewährt.

Damit die durch den Erlaß gegebenen Möglichkeiten bereits bei der jetzt anstehenden Praxisphase zum Zuge kommen, soll nach Mitteilung des ZpB bis auf weiteres folgendes Verfahren durchgeführt werden:

1. Projekte können aufgrund des Erlasses Praktiker in außerschulischen Berufsfeldern zur Vorbereitung und Durchführung von Erkundungen anwerben.
2. Diejenigen Projekte, bei denen an der außerschulischen Erkundung Berufspraktiker mitwirken sollen, sollen die entsprechenden Namen und Adressen umgehend an das ZpB (z. H. Frau Dräger) weiterleiten.

3. Die angeworbenen Praktiker erhalten vom ZpB einen Meldebogen.

4. Nachdem der vom Praktiker ausgefüllte Meldebogen beim ZpB vorliegt, erhält der Praktiker eine Bestätigung, daß er unter den angegebenen Bedingungen bei der Durchführung einer außerschulischen Erkundung mitwirken kann. Parallel hierzu werden die Projekte von dem Abschluß des formalen Anmeldevorgangs benachrichtigt.

Noch in diesen Tagen erhalten alle Projekte des 1. Studienabschnitts entsprechende Formulare und Hinweise zu-

geschickt. Für Auskünfte und Rückfragen steht im ZpB Frau Dräger jeweils vormittags zur Verfügung. Da der Erlaß rückwirkend vom 1.10.1977 an gilt, werden alle Projekte, in denen bereits außerschulische Praktiker mitgewirkt haben, aufgefordert, dies im ZpB zu melden, damit eine rückwirkende Bezahlung der Praktiker veranlaßt werden kann.

Da insgesamt Mittel für 50 Praktiker pro Halbjahr zur Verfügung stehen und sich bei künftigen Praxisphasen u. U. Verteilungsprobleme ergeben werden, soll mit allen interessierten Projektveranstaltungen, die nach dem SS 1978 eine Erkundung unter Mitwirkung außerschulischer Praktiker planen, über die damit verbundenen Probleme und die Institutionalisierung eines entsprechenden Verfahrens am 1.2.1978 um 10.00 Uhr im ZpB eine Besprechung stattfinden.

Gremien-und Stupawahlen

Fortsetzung von Seite 1

ration mit dem SHB als auch mit dem MSB abgelehnt.

Im vergangenen Jahr stellte die Basisgruppe Projektinitiative mit 26,7 Prozent die stärkste Fraktion im Studentenparlament und konnte damit den bis dahin unangefochten an der Spitze liegenden SHB (24,4 Prozent) auf den zweiten Rang verweisen. Die weiteren Ergebnisse des letzten Jahres: Juso-Hochschulgruppe (15,6 Prozent), MSB Spartakus (12,6 Prozent), Liberaler Hochschulverband (12,5 Prozent), Ring christlich-demokratischer Studenten (5,0 Prozent), Demokratische Liste/KSB (1,5) und der Einzelkandidat NHB (0,5 Prozent). Die Wahlbeteiligung lag im vergangenen Jahr bei über 50 Prozent.

Nicht so bei den Gremienwahlen, bei denen die Wahlbeteiligung in der Regel sehr viel niedriger liegt. Im vergangenen Jahr gingen lediglich 27,3 Prozent der Wahlberechtigten zur Urne. Bei den Gremienwahlen müssen die Studenten zwei Wahlzettel ausfüllen - für das Konzil und für den Fachbereichsrat. Für die 88 Sitze des Konzils bewerben sich außer der Basisgruppe PIN alle Gruppen, die auch für das Studentenparlament kandidieren. Im Fachbereich I stellen sich nur der MSB Spartakus und SHB zur Wahl. In den anderen drei Fachbereichen sind der RCDS, der MSB, der SHB und die Basisgruppe mit Listen vertreten. Der LHV kandidiert nur im Fachbereich III. Die Juso-

Hochschulgruppe in den Fachbereichen II und III.

gh

Heisenberg-Stipendien

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft vergibt im Jahre 1978 aus Mitteln des Bundes und der Länder bis zu 150 Stipendien für hochqualifizierte junge Wissenschaftler im Rahmen des Heisenberg-Programms zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses.

Die Bewerber müssen durch eine herausragende wissenschaftliche Leistung ausgewiesen und habilitiert oder gleichwertig qualifiziert sein. Sie sollen die deutsche Staatsangehörigkeit haben und in der Regel nicht älter als 33 Jahre sein. Die Fünfjahresstipendien sind mit einem Netto-Grundbetrag von 2.300 DM pro Monat dotiert, zu dem diverse Zuschläge hinzukommen.

Ein Informationsblatt über die für eine Bewerbung erforderlichen Unterlagen kann bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Heisenberg-Referat, Kennedyallee 40, 53 Bonn 2, angefordert werden. Bewerbungen, auch Benennungen durch wissenschaftliche Einrichtungen, sind bis zum 1. März 1978 an das Heisenberg-Referat möglich. Die Ausschreibung soll in etwa sechs Monaten erfolgen. dfg

Kommunale Teilraumplanung

Zum Thema "Kommunale Teilraumplanung" veranstaltet das Projekt "Wohnen und Stadtentwicklung" ein Planerkolloquium am 3. und 10. Februar 1978 im AVZ 2-405. Am 3. Februar werden in der Zeit von 14.00 bis 17.30 Uhr Professor G. Curdes (TH Aachen), Dipl.-Ing. W. Eichstädt (Institut für Urbanistik Berlin) und der Dipl.-Ing. E. Gildenberg (TU Hannover) über das Thema "Die gegenwärtigen Stadtentwicklungsprozesse und die Aufgaben der

Stadtteil-Entwicklungsplanung" unter der Leitung von Klaus Holland diskutieren.

Am 10. Februar findet zur gleichen Zeit eine Podiumsdiskussion mit Dipl. Ing. Hanns Adrian (Stadtbaurat Hannover), Dipl.-Ing. Hans-Reiner Müller-Raemisch (Lt. Baudirektor Stadtplanungsamt Frankfurt) und Dipl.-Ing. Carsten Zillich (Amtsleiter Stadtplanungsamt Oldenburg) unter der Leitung von Erhart Pfothenhauer statt.

Personalien

PROFESSOR HORST E. WITTIG, Lehrstuhl für Allgemeine und Vergleichende Erziehungswissenschaft (Fachbereich I) sowie Leiter der "Forschungsstelle für Auslandsschulwesen (FO)", wurde einstimmig zum Mitglied des Verwaltungsrates, des leitenden Gremiums des Instituts für Auslandsbeziehungen (IfA), Stuttgart, gewählt.

PROFESSOR RAINER KRÜGER, Rektor der Universität, ist vom Niedersächsischen Ministerpräsidenten für weitere drei Jahre zum Mitglied des "Arbeitskreises zur Förderung wissenschaftlicher Forschung in Niedersachsen" berufen worden.

GEROLD PFLÜGER, Student an der Universität Oldenburg, wurde auf der Landesdelegiertenkonferenz des der FDP nahestehenden Liberalen Hochschulverbandes (LHV) als Vorsitzender bestätigt.

ULRICH BERNATH, wissenschaftlicher Assistent im Fachbereich III, leitete auf dem Kongreß der Arbeitsgemeinschaft für Hochschuldidaktik e.V. in Berlin vom 2. bis 6. Januar 1978 eine Diskussionsveranstaltung zum Thema "Probleme der Integration der Fachwissenschaft (=Wirtschaftswissenschaft) in das Projektstudium der einphasigen Lehrerbildung".

Ausschreibungen · Ausschreibungen · Aus

FACHBEREICH I, vorbehaltlich der Genehmigung des Senats sind mehrere Torenstellen zu besetzen. Bewerbungen bis zum 31.1.78 an die Geschäftsstelle des FB I (G 003). Nähere Hinweise am Schwarzen Brett.

FACHBEREICH III, mehrere Tutorenstellen zum 1. April 1978 zu besetzen. Bewerbungen bis zum 3. Februar an die Geschäftsstelle des FB III. Bewerbungsunterlagen sind dort erhältlich.

FACHBEREICH III, befristete (bis 31. März 1980) Stelle für eine Sekretärin, Sachbearbeiterin (BAT VIb) zum 1. Februar 1978 (Forschungsprojekt). Bewerbungen unter Angabe der Kennziffer - Stbaufg.-VIb - bis zum 25.1.78 an den Rektor der Universität Oldenburg, z.H. Professor Siebel, Postfach 2503.

DEZERNAT PLANUNG UND STATISTIK. Ab sofort eine wissenschaftliche Hilfskraftstelle zu besetzen. Gesucht wird ein(e) Student(in) mit Fachrichtung Ökonomie oder Soziologie, Schwerpunkt Bildungsplanung. Bewerbungen sind bis spätestens 1 Woche nach Erscheinen des Infos an das Dezernat 5 der Universität zu richten (oder im Zimmer 309 Gebäude A abzugeben).

Zitat

"Die Studenten wie die Beamten leben in einem besonderen Gewaltverhältnis. Für Strafgefangene gilt das auch." Der Sprecher des niedersächsischen Wissenschaftsministeriums, Jobst von Wendorff, zum Thema Ordnungsrecht an den Hochschulen. (laut Frankfurter Rundschau vom 13. Januar 1978).

Termine · Termine · Termine · Termine · Termine · Termine · Termine · Termine

MONTAG, 23.1.78, 19 Uhr, Hörsaal B.
Film "Der Kampf der Arbeiterinnen
und Arbeiter bei LIP" (Besetzung
der Uhrenfabrik LIP in Besançon und
Übernahme der Produktion durch die
Beschäftigten) von Edith Schmidt/
David Wittenberg (Frankfurt). An-
schließend Diskussion mit den Fil-
memachern. Eintritt frei.

MONTAG, 23.1.78, 8.15 Uhr, AVZ 4-442. Anhörungen Projekt: "Vorbereitende Untersuchung nach StBauFG" wissenschaftliche Mitarbeiter (BAT II a). Uwe Jens Walther (Darmstadt), Johann Jessen (Darmstadt), Andreas Weicken (Aachen), Stephan Reiß-Schmidt (Aachen).

MONTAG, 23.1.1978, 20 Uhr, Aula.
Podiumsdiskussion zum Thema "Zum
aktuellen Stand der Reform der Sek.
II - Ziele, Probleme, Perspektiven-
Diskussionsteilnehmer: R. Bade (GEW
Niedersachsen), Dr. K. Becker (Ver-
waltungspräsidium Oldenburg, Dr. E.
Scheithauer (Philologenverband Nie-
dersachsen). Leitung: Prof. Dr. A.
Holtmann (Uni Oldenburg).

DIENSTAG, 24.1.78, 18 Uhr, AVZ 2-405. Vortrag von Dr. Nicolai (Wilhelmshaven) zum Thema "Ethologi-

sche Grundlagen des Brutparasitismus der afrikanischen Witwenvögel".

DIENSTAG, 24.1.78, 8.15 Uhr, VG 104
Anhörungen Projekt: "Vorbereitende
Untersuchung nach StBauFG" wissen-
schaftliche Mitarbeiter (BAT II a).
Lothar Trinter (Oldenburg), Irmgard
Jahnke (Ulm/Donau), Knut Persson
(Bochum).

MITTWOCH, 25.1.78, 18 Uhr, Hörsaal F
Vortrag von Professor Helga Grebing
zum Thema "Arbeiterbewegung und Faschismus am Ende der Weimarer Republik".

MONTAG, 30.1.78, 8.00 Uhr, D 103.
Anhörung zur Stelle Akad.Rat-"Mu-
sik"

MONTAG, 30.1.78, 17 Uhr, AVZ 2-405.
Gastvortrag im Rahmen des Physika-
lischen Kolloquiums von Professor
Hannelore Schwedes (Universität Bre-
men) zum Thema "Zur Frage der emo-
tionalen Erziehung im naturwissen-
schaftlichen Unterricht".

Dienstag, 31.1.78, 18-20 Uhr, AVZ 2-405. Veranstaltung im Rahmen eines Lehrauftrages mit Dr. Franke (Hannover) zum Thema "Wirkungen ionisierender Strahlung auf Menschen".

Dienstag, 31.1.78, 16 Uhr, VG 001.
Heide Wolff referiert im Rahmen des
Colloquiums "Aktuelle Fragen der
Wirtschaftstheorie und Wirtschafts-
politik" zum Thema "Zum Jahresgut-
achten des Sachverständigenrats
1977/78".

MITTWOCH, 1.2.1978, 16 Uhr, AVZ 3-449. Gastvortrag von Dr. Albrecht Funk (FU Berlin) zum Thema "Landwirtschaft als Vorrangfunktion für periphere Gebiete - Entwicklungs-Potential oder -Hemmnis?"

DONNERSTAG, 2.2.78, 16 Uhr, AVZ 2-405. Gastvortrag im Rahmen des Physikalischen Kolloquiums von dem Diplom-Physiker Roland Kollert (Bremen) zum Thema "Perspektiven einer Plutonium-Wirtschaft - Konsequenzen eines geplanten Brutreaktorsystems".

Dienstag, 7.2.78, 16 Uhr, VG 001.
Herbert Schui (Universität Bremen)
hält im Rahmen des Colloquiums "Ak-
tuelle Fragen der Wirtschaftstheo-
rie und Wirtschaftspolitik" einen
Vortrag zum Thema "Die Preisent-
wicklung im oligopolistischen Sek-
tor während der letzten Rezession".